

# Ohne Mitte keine Schweiz

**Nationalratswahlen** Die EVP Basel-Stadt stellte den Medien ihre fünf Kandidaten vor

**Die Evangelische Volkspartei (EVP) möchte bei den Nationalratswahlen vom 21. Oktober mindestens einen Sitz gewinnen.**

MICHAEL NITTAUS

Unter das Banner einer Protestwahl stellt die EVP ihre Bemühungen um einen der fünf Sitze des Stadtkantons. Die Blockbildung in Basel stärke die Extreme rechts und links, während die Mitte verweise, hält Heinrich Ueberwasser, Grossrat und EVP-Kantonalpräsident, mit Bedauern fest. «Die EVP ist die Mittelpartei und bietet eine echte Alternative zu den bestehenden Extrempositionen.» Man gibt sich kämpferisch und glaubt an einen Sitzgewinn, denn «sonst müssten wir ja gar nicht erst Wahlkampf betreiben», sagt Ueberwasser.

## Fünf «unverfilzte» Kandidaten

Ins Rennen geschickt werden der Riehener Gemeindepräsident Willi Fischer, die Gymnasiallehrerin Brigitte Gysin, die Grossräte Annemarie Pfeifer und Christoph Wydler sowie Heinrich Ueberwasser selbst. Die Wähler sollen vor allem durch Standaktionen überzeugt werden. «Es ist wichtig, direkt auf die Strasse unter die Leute zu gehen, den Kontakt zu suchen, für Fragen da zu sein. Der Wert solcher volksnaher Aktionen wird heutzutage von vielen unterschätzt», ist Ueberwasser überzeugt.

Als Wahlslogan wirbt das Schlagwort «unverfilzt» für die Werte der Partei. Gute Beziehungen seien wichtig und jeder Politiker müsse vernetzt sein, doch wenn für politische Entscheide Interessensbindungen im Vordergrund stünden, so sei dies verfilzte Politik, erklärt Brigitte Gysin. «Die EVP steht dagegen für unverfilzte, unabhängige Politik, die durch Sachfragen und klare Haltungen geprägt ist.»

Im Fokus der EVP stehen aktuelle Fragen zu Umwelt, Familie, Migration und Finanzen. «Wir haben bereits Umweltpolitik betrieben, als es die Grünen noch gar nicht gab», hält Christoph Wydler fest. Zudem habe man beim Umweltring der Bundeshausfraktionen die höchste Punktzahl erhalten. Wydler setzt sich für eine konsequente Reduktion des Energieverbrauchs ein, was man nicht mit Atom- oder Gaskraftwerken erreichen könne. Er

fordert Lenkungsabgaben auf Energie nach dem Vorbild der Basler Energiesparfonds. Dazu weist Wydler auf die Wichtigkeit der Raumplanung mit verdichteten Siedlungen hin, um den öffentlichen Verkehr optimal nutzen zu können.

Annemarie Pfeifer setzt den Schwerpunkt auf Familien- und Jugendpolitik: «Es muss wieder attraktiver werden, Kinder zu haben. Daher fordert die EVP ein einheitliches Kindergeld, bezahlbare Familienwohnungen und eine bessere Unterstützung von Vollzeiteltern.» Es könne

nicht sein, dass es rentabler ist, die Kinder in eine Krippe zu schicken, als sie daheim zu behalten, fügt Pfeifer an.

Aufgefallen ist die EVP national auch durch die Petition «Lebenswerte». Der Riehener Gemeindepräsident Willi Fischer versteht darunter verschiedenes: «Zum einen die Verantwortung im Umgang mit der Natur. Aktuell hat der Henniez-Verkauf gezeigt, dass Wasser zum handelbaren Gut wird. Das darf nicht sein.» Zentral sei auch Solidarität zu Menschen aus allen Schichten und Toleranz gegenüber an-

deren Kulturen. «Unsere demokratische Rechtsordnung und die christlich-abendländische Kultur sollen aber als Basis dienen. Menschen, die aus dem Ausland zu uns kommen, müssen sich an gewisse Regeln halten», betont Fischer.

Heinrich Ueberwasser fügt an, dass die Werte der EVP den Grundwerten der Schweiz entsprechen, denn «der schweizerische Kurs ist der Mittekurs. Die Schweiz wäre nicht mehr die Schweiz, wenn sie in Folge der Polarisierung einen anderen Kurs nehmen würde.»



**AUF NACH BERN** Annemarie Pfeifer, Heinrich Ueberwasser, Brigitte Gysin, Willi Fischer und Christoph Wydler (v.l.) steigen für die EVP ins Nationalratsrennen. NICOLE NARS-ZIMMER

## Weniger Struktur, mehr Inhalt

**Bildungsraum** Kritik an der Ausgestaltung

«So nicht!» Mit dieser klaren Aussage kritisieren die Gewerkschaft Erziehung (GE) im vpod und der vpod Region Basel die derzeitige Richtung des Bildungsraumes Nordwestschweiz. Klare Worte seien nötig, ist Heidi Mück, Sekretärin GE im vpod, überzeugt. Denn kritische Stimmen würden vom Erziehungsdepartement Basel-Stadt (ED) unter den Tisch gewischt. «Wenn wir ja, aber» sagten, hörten die Regierung und das ED nur «Ja». Deshalb sagen die Bildungsgewerkschaften der beiden Basler Kantone in aller Deutlichkeit «Nein» zu diesem Vorschlag für den Bildungsraum Nordwestschweiz, wie Heidi Mück gestern an einer Medienorientierung erklärte.

Der Vorschlag der vier Nordwestschweizer Kantone BS, BL, AG und SO befindet sich bis Ende September in der ersten Vernehmlassung. Kritische Stimmen seien kaum zu hören, berichtet Mück. Auch die GE hätte den Vorschlag zuerst optimistisch aufgenommen. Grundsätzlich sei der gemeinsame Bildungsraum ja auch eine gute Idee, aber «auf den zweiten Blick» würden schwerwiegende negative Folgen sichtbar.

Die Bildungsgewerkschaften kritisieren vor allem drei Punkte: die fehlende inhaltliche Harmonisierung (zum Beispiel keine einheitliche Fremdsprachenregelung), die einseitige Fokussierung auf begabtere Schüler und die Umsetzung mittels eines Staatsvertrags.

## «Bodenpersonal» einbeziehen

Der Baselbieter Primarlehrer Thomas Wilde bemängelt beispielsweise, dass das «pädagogische Bodenpersonal» nicht an Bord geholt werde. Er fordert einen «Marschhalt» von einem halben Jahr, damit die Lehrkräfte